

Name:

ABSCHLUSSPRÜFUNG SOMMER 2007

Ausbildungsberuf: **Steuerfachangestellte/r**

Prüfungsort:

Termin: Freitag, 30. März 2007

Prüfungsfach: Steuerwesen

Bearbeitungszeit: 150 Minuten

Bitte **deutlich schreiben** und Füllhalter, Kugelschreiber oder Filzstift benutzen.

Gesamtpunktzahl:	100,0	Erzielte Punkte:
Aufgabe I (ESt)	37,0	
Aufgabe II (KSt)	15,0	
Aufgabe III (GewSt)	15,0	
Aufgabe IV (AO)	12,0	
Aufgabe IV (USt)	21,0	
Note:		
Unterschrift Erstzensor:	Unterschrift Zweitzensor:	

A. Sachverhalt

1. Persönliche Verhältnisse

Dr. med. Wolfgang Leib (geb. 01.03.1938) wohnt mit seiner Ehefrau Maria (geb. 23.10.1941) in Wülfrath.

Die Eheleute gehören keiner Konfession an und haben keine Kinder.

Für den Veranlagungszeitraum (VZ) 2006 beantragen die Eheleute die Zusammenveranlagung.

2. Angaben zu den Einkünften

2.1. Einkünfte des Wolfgang Leib (W. L.)

W. L. war bis zu seinem Ruhestand selbstständiger Zahnarzt in Wülfrath. Seit dem **01.03.2003** bezieht er eine **monatliche** Rente der nordrheinischen Ärzteversorgung (vgl. **Anlage 1**).

2.2. Einkünfte der Maria Leib (M. L.)

a) M. L. war vom 01.01. – 31.10.2006 als leitende Angestellte bei der Stahl-AG in Wuppertal tätig.
Seit dem 01.11.2006 bezieht sie eine Betriebsrente in Höhe von **monatlich** 1.650,00 € (vgl. **Anlage 2**).
Werbungskosten werden nicht geltend gemacht.

b) Seit dem 01.11.2006 bezieht M. L. außerdem ein Altersruhegeld (vgl. **Anlage 3**).
Zur Durchsetzung ihres Rentenanspruchs wendete M. L. im September 2006 an einen Rentenberater (250,00 € + 40,00 € USt=) 290,00 € auf.

3. Sonstige Ausgaben und Angaben der Eheleute Leib für den VZ 2006

Die Eheleute Leib hatten im VZ 2006 folgende Ausgaben:

- Private Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für den Ehemann, **monatlich** 450,00 €
- Zusatzkrankenversicherung (Ehefrau), **monatlich** 60,00 €
- Kfz-Haftpflichtversicherungsbeiträge (Eheleute), jeweils **jährlich** 360,00 €
- Unfallversicherungsbeiträge (Ehemann), **monatlich** 18,00 €

- Zahnarztrechnungen (Eigenanteil) 5.200,00 €

- Aufgrund des Alters beschäftigen die Eheleute Leib seit 2004 eine Haushaltshilfe auf der Basis eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses.
Einschließlich der anfallenden gesetzlichen Abgaben zahlten sie hierfür im VZ 2006 monatlich 250,00 €.

- Außerdem haben die Eheleute am 23.05.2006 eine Fensterreinigungsfirma mit der Reinigung ihrer Fenster beauftragt.
Die ordnungsgemäße Rechnung (150,00 € zzgl. 16 % Umsatzsteuer) wurde am 13.07.2006 von den Eheleuten Leib überwiesen.

NORDRHEINISCHE ÄRZTEVERSORGUNG

**Einrichtung der Ärztekammer Nordrhein
Körperschaft des öffentlichen Rechts**

Nordrheinische Ärzteversorgung · Postfach 10 39 53 · 40030 Düsseldorf · Verwaltung: 40474 Düsseldorf · Tersteegenstraße 9

Persönlich/Vertraulich

Herrn Dr. med.
Wolfgang Leib
Goethestr. 17

42489 Wülfrath

Rentenabteilung – bei telefonischen
Rückfragen wählen Sie bitte:
0211 – 4302 290 (Frau Recke)
4302 334 (Frau Koszarek)
4302 332 (Frau Gärtner)

Kernarbeitszeit:
Montag – Donnerstag 9.00 – 15.00 Uhr
Freitag 9.00 – 14.00 Uhr

RENTENMITTEILUNG 2006

Rentenabteilung – Renten-Nr. 010338

13.12.2005

Alters-, Berufsunfähigkeits-, Witwen(-), Waisen-Rente 2005	Kinderzuschüsse Halbwaisenrente	Gesamtbetrag monatlich 2005	Alters-, Berufsunfähigkeits-, Witwen(-), Waisen-Rente 2006	Kinderzuschüsse Halbwaisenrente	Gesamtbetrag monatlich 2006
4.750,00 €		4.750,00 €	4.750,00 €		4.750,00 €

Wichtig: Wir bitten, diese Mitteilung *sorgfältig aufzubewahren*, da sie als Bescheinigung zur Vorlage bei Behörden verwandt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
NORDRHEINISCHE ÄRZTEVERSORGUNG

Bitte Rückseite beachten!

Diese Mitteilung ist von einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage gefertigt und ohne Unterschrift und Siegel gültig.

LEBENSNACHWEIS

Bitte zurücksenden bis spätestens **NICHT ERFORDERLICH** Renten-Nr.

Für Rentenzwecke wird der Nordrheinischen Ärzteversorgung, Einrichtung der Ärztekammer Nordrhein – Körperschaft des öffentlichen Rechts – bescheinigt, dass die nachfolgend aufgeführten Personen heute leben.

Name, Vorname	Geburtsdatum	Familienstand*			
1.		<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verh.	<input type="checkbox"/> verw.	<input type="checkbox"/> gesch.
2.		<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verh.	<input type="checkbox"/> verw.	<input type="checkbox"/> gesch.
3.		<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verh.	<input type="checkbox"/> verw.	<input type="checkbox"/> gesch.
4.		<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verh.	<input type="checkbox"/> verw.	<input type="checkbox"/> gesch.
5.		<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verh.	<input type="checkbox"/> verw.	<input type="checkbox"/> gesch.
6.		<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verh.	<input type="checkbox"/> verw.	<input type="checkbox"/> gesch.

(Siegel der Dienststelle)

(Datum)

(Unterschrift, Amtsbezeichnung)

Vorstehende Bescheinigung wird von jeder siegelführenden Dienststelle (z. B. Standesamt, Einwohnermeldeamt, Dienststellen der Kassenärztlichen Vereinigung, Kreisstellen der Ärztekammer) gebührenfrei erteilt. Auch für alle rentenberechtigten Kinder ist ein Lebensnachweis zu erbringen.

Vom Rentenberechtigten selbst bestätigte Lebensnachweise können nicht anerkannt werden!

***Bitte unbedingt Familienstand angeben (Zutreffendes bitte ankreuzen)**

Anlage 2

Auszug aus der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung 2006 – Maria Leib

1. Dauer des Dienstverhältnisses		vom – bis 01.01.– 31.12.2006	
2. Zeiträume ohne Anspruch auf Arbeitslohn		Anzahl „U“: 0	
		EUR	Ct
3. Bruttoarbeitslohn einschl. Sachbezüge ohne 9. und 10.		42.050	00
4. Einbehaltene Lohnsteuer von 3.		5.074	00
5. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 3.		279	00
6. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 3.			
7. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten von 3. (nur bei konfessionsverschiedener Ehe)			
8. In 3. enthaltene steuerbegünstigte Versorgungsbezüge		3.300	00
9. Steuerbegünstigte Versorgungsbezüge für mehrere Kalenderjahre			
10. Ermäßigt besteuarter Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre (ohne 9.) und ermäßigt besteuerte Entschädigungen			
11. Einbehaltene Lohnsteuer von 9. und 10.			
12. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 9. und 10.			
13. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 9. und 10.			
14. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten von 9. und 10. (nur bei konfessionsverschiedener Ehe)			
15. Kurzarbeitergeld, Winterausfallgeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Verdienstausschädigung (Infektionsschutzgesetz), Aufstockungsbetrag und Altersteilzeitzuschlag			
16. Steuerfreier Arbeitslohn nach	Doppelbesteuerungsabkommen		
	Auslandstätigkeitserlass		
17. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen für Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte			
18. Pauschalbesteuerte Arbeitgeberleistungen für Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte			
19. Steuerpflichtige Entschädigungen und Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre, die nicht ermäßigt besteuert wurden – in 3. enthalten			
20. Steuerfreie Verpflegungszuschüsse bei Auswärtstätigkeit			
21. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen bei doppelter Haushaltsführung			
22. Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung und an berufsständische Versorgungseinrichtungen		3.778	00
23. Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Rentenversicherung und an berufsständische Versorgungseinrichtungen		3.778	00
24. Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse zur Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung			
25. Arbeitnehmeranteil am Gesamtsozialversicherungsbeitrag (ohne 23. und 24.)		4.185	00
26. Ausgezahltes Kindergeld			
27. Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag		19.800	00
28. Bei Versorgungsbezügen: Monat und Kalenderjahr des Versorgungsbeginns		November 2006	

DEUTSCHE RENTENVERSICHERUNG BUND

Postanschrift: Hauptverwaltung: Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2; 10709 Berlin
Deutsche Rentenversicherung Bund – 10704 Berlin

Versicherungsnummer:

- 23101941 R 222 -

Bei Anfragen stets angeben!

Frau
Maria Leib
Goethestr. 17

42489 Wülfrath

Berlin, 25. Oktober 2006

RENTENBESCHEID

Sehr geehrte Frau **Leib**,

auf Ihren Antrag vom 12. September 2006 erhalten Sie von uns

Regelaltersrente.

Die Rente beginnt am 1. November 2006. Ab 1. November 2006 werden monatlich 824,40 € gezahlt. Die monatliche Zahlung wird auf das angegebene Konto überwiesen.

Rentenart

Sie haben Anspruch auf Regelaltersrente nach Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Anspruchsvoraussetzungen sind dem 23. Oktober 2006 erfüllt.

Beginn der Rente

Die Rente beginnt am 1. November 2006

Berechnung der Rente

Die Berechnung der Rente ergibt sich aus der Anlage zu diesem Schreiben.

Da Sie in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung pflichtversichert sind, haben Sie einen Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeitrag aus der Rente zu zahlen. Ihren Anteil in Höhe des halben Krankenversicherungsbeitrags und des vollen Pflegeversicherungsbeitrags führen wir zusammen mit unserem Beitragsanteil unmittelbar an die gesetzliche Krankenversicherung ab.

Höhe der laufenden Zahlungen

Monatliche Rente ab 1. November 2006	900,00 €
Beitragsanteil des Rentners	
zur Krankenversicherung	60,30 €
zur Pflegeversicherung	15,30 €
Monatlicher Zahlbetrag	824,40 €

Prüfungsnummer:

Lösungsblatt I zu Aufgabe I / (Einkommensteuer)

A large, empty rectangular box with a black border, occupying most of the page below the title. It is intended for the student to write their solution to the task.

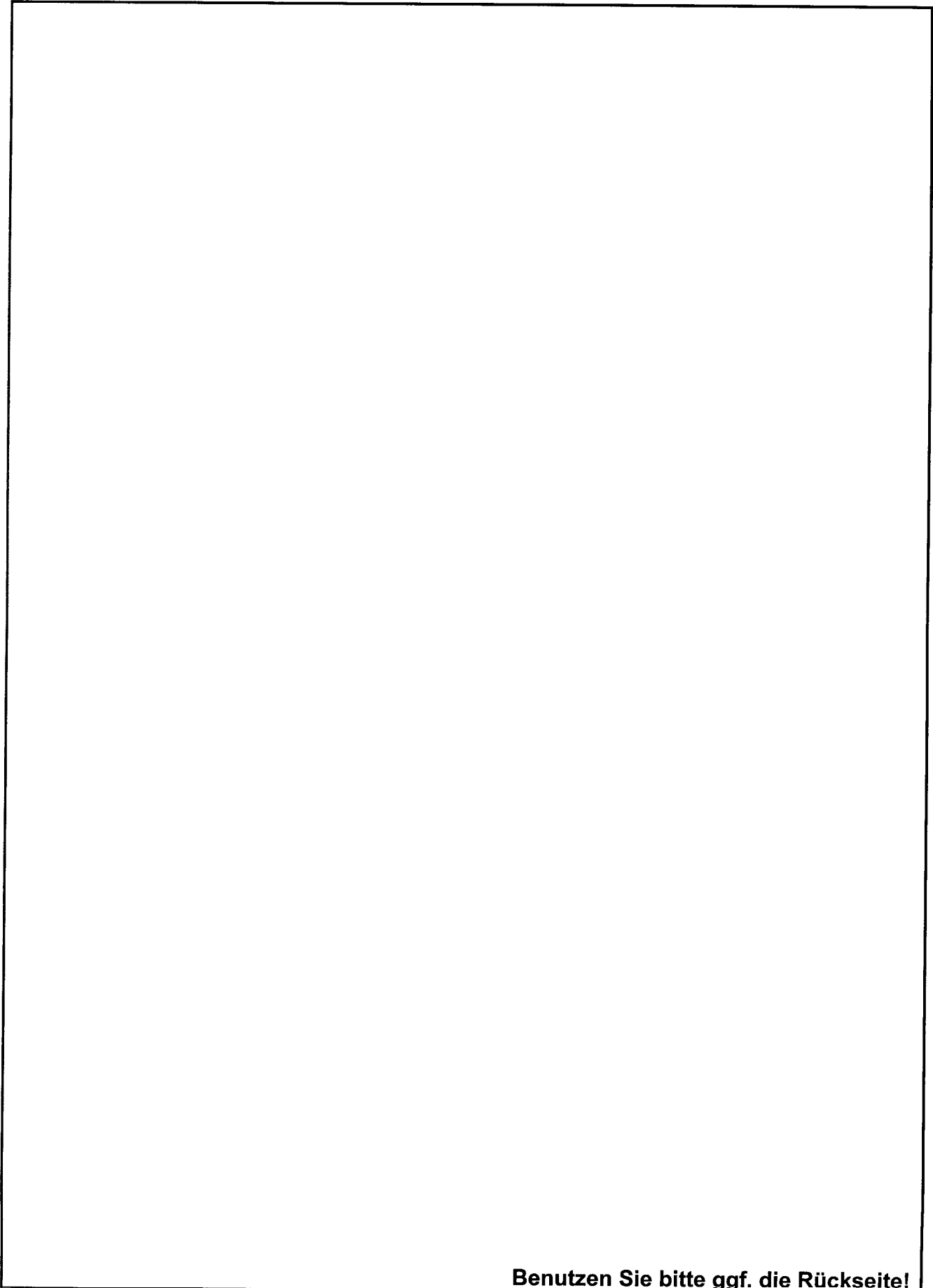
Prüfungsnummer:

Lösungsblatt II zu Aufgabe I / (Einkommensteuer)

A large, empty rectangular box with a black border, occupying most of the page below the title. It is intended for the student to write their solution to the task.

Prüfungsnummer:

Lösungsblatt III zu Aufgabe I / (Einkommensteuer)



Benutzen Sie bitte ggf. die Rückseite!

B. Aufgaben

Ermitteln Sie für den VZ 2006 in einer übersichtlichen Darstellung für die Eheleute Leib

1. das zu **versteuernde Einkommen**, das so niedrig wie möglich sein soll.
2. die Höhe der zu erwartenden **Einkommensteuererstattung bzw. –nachzahlung**.

Gehen Sie dabei von einem **ESt-Satz** von **19,56 %** aus.

Auf den **Solidaritätszuschlag** ist aus Vereinfachungsgründen **nicht einzugehen**.

C. Bearbeitungshinweise

1. Sämtliche Anträge gelten als gestellt und die dazu erforderlichen Nachweise als erbracht.
2. Für den VZ 2006 haben die Eheleute Leib **ESt-Vorauszahlungen** von 1.500,00 € **pro Quartal** geleistet.
3. **Nichtansätze sind mit „0“ zu kennzeichnen und kurz zu begründen.**
4. Die „**Öffnungsklausel**“ des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a) bb) Satz 2 EStG findet im vorliegenden Fall **keine Anwendung**.
5. Die **Vorsorgepauschale** ist **nicht** zu berechnen.
6. **§ 10 Abs. 4a EStG** (Vergleichsberechnung für Vorsorgeaufwendungen) ist **nicht zu berücksichtigen**.
7. Benutzen Sie für Ihre Lösung die **beigefügten Lösungsblätter I - III**.

Aufgabe II / Körperschaftsteuer

(15,0 Punkte)

Sachverhalt 1 (10,5 Punkte)

Die Harry Hirsch GmbH mit Sitz in Krefeld hat für den VZ 2006 (Wirtschaftsjahr = Kalenderjahr) einen **vorläufigen** Jahresüberschuss lt. Handelsbilanz in Höhe von 45.000,00 € ausgewiesen. Folgende Aufwendungen haben u. a. den Jahresüberschuss gemindert:

• KSt-Vorauszahlungen 2006	25.000,00 €
• SolZ-Vorauszahlungen 2006	1.375,00 €
• Säumniszuschläge zu den GewSt-Vorauszahlungen	200,00 €
• Aufsichtsratsvergütungen	12.000,00 €
• in einem Strafverfahren festgesetzte Geldstrafe	525,00 €
• Spenden für wissenschaftliche Zwecke	4.000,00 €
• Spenden an eine anerkannte politische Partei	1.500,00 €

Aufgaben

Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung für den VZ 2006

1. das zu **versteuernde Einkommen**,

Bearbeitungshinweise:

**Mögliche gewerbsteuerliche Auswirkungen sind nicht zu berücksichtigen.
Nichtansätze sind mit „0“ zu kennzeichnen und kurz zu begründen.**

2. die **festzusetzende Körperschaftsteuer** und den **festzusetzenden Solidaritätszuschlag**,

Lösungen:

3. den sich daraus ergebenden **endgültigen handelsrechtlichen Jahresüberschuss** bei der Harry Hirsch GmbH.

Lösung:

Sachverhalt 2 (4,5 Punkte)

Am 26.03.2007 wurde im Rahmen der Gesellschaftsversammlung der Harry Hirsch GmbH eine Gewinnausschüttung für das Wirtschaftsjahr 2006 in Höhe von 50 % des **endgültigen handelsrechtlichen Jahresüberschusses** beschlossen und ausbezahlt.

Aufgabe

Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung den **Gewinnanteil**, den **Auszahlungsbetrag** und die **Steuerabzugsbeträge** aus der Gewinnausschüttung im März 2007 bei dem Gesellschafter Harry Hirsch, der zu 60 % an der GmbH beteiligt ist.

Bearbeitungshinweise:

Der Ausschüttungsbetrag ist laut Gesellschafterbeschluss auf volle 1.000,00 € abzurunden.

Gehen Sie davon aus, dass sich die Gesetzeslage für 2007 gegenüber 2006 nicht geändert hat.

Lösung:

Aufgabe III / Gewerbesteuer

(15,0 Punkte)

Sachverhalt

Die Manuela Wester KG betreibt in Oberhausen eine Konfektionsschneiderei.

Aus den Büchern und Unterlagen ergibt sich für den Erhebungszeitraum (EZ) 2006 vor Bildung der Gewerbesteuerrückstellung ein **handelsrechtlicher** Gewinn in Höhe von 152.131,00 €.

Die nachfolgenden Angaben sind noch zu prüfen und ggf. zu berücksichtigen:

1. Das an die Gesellschafterin Manuela Wester gezahlte Geschäftsführergehalt in Höhe von 90.000,00 € wurde im EZ 2006 als Aufwand Gewinn mindernd gebucht.
2. Gebuchter Zinsaufwand im EZ 2006:
 - a) an den Kommanditisten David Blum gezahlte Zinsen in Höhe von 2.800,00 € für ein Darlehen, das er der KG seit 2002 für zehn Jahre gewährte.
 - b) 6 % Zinsen auf ein am 01.04.2006 aufgenommenes und am 31.03.2011 rückzahlbares Fälligkeitsdarlehen in Höhe von 210.000,00 €, das mit 3 % Disagio ausgezahlt wurde.
Die Darlehensaufnahme, das Disagio und die Zinsen wurden steuerlich zutreffend gebucht.
3. Gebuchte GewSt-Vorauszahlungen 2006: 37.000,00 €
4. Für das in Oberhausen von einem Nichtgewerbetreibenden angemietete Betriebsgrundstück (Lager) wurde im EZ 2006 ein Mietaufwand von 32.400,00 € gebucht.
Davon entfallen auf das angemietete Inventar insgesamt 4.428,00 €.
5. Der Einheitswert des eigenen Betriebsgrundstücks beträgt 105.000,00 € (Wertverhältnisse vom 01.01.1964).
Das Betriebsgrundstück wird seit Jahren zu 80 % eigenbetrieblich genutzt und zu 20 % fremdgewerblich vermietet.
In der Steuerbilanz der KG ist das Betriebsgrundstück zu 100 % ausgewiesen. (Hinweis auf § 20 GewStDV).
6. Der Hebesatz der Stadt Oberhausen beträgt 470 %.

Aufgabe

Berechnen Sie in einer übersichtlichen Darstellung für den EZ 2006 die **GewSt-Rückstellung** nach der Divisor-Methode (Divisor: 1,235).

Bearbeitungshinweis:

Nichtansätze sind mit „0“ zu kennzeichnen und kurz zu begründen.

Lösung:

Aufgabe IV / Abgabenordnung

(12,0 Punkte)

Sachverhalt 1 (4,0 Punkte)

Daniel Wüster (D. W.) erzielte im VZ 2005 Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit und aus Vermietung und Verpachtung.

Am 18.09.2006 beantragte D. W. telefonisch eine rückwirkende Fristverlängerung für die Abgabe seiner ESt-Erklärung 2005.

Der zuständige Sachbearbeiter, Steuerinspektor Schmitz, bewilligte ihm noch am Telefon eine Fristverlängerung bis zum 30.11.2006.

Ende November 2006 hat D. W. die ESt-Erklärung 2005 bei dem örtlich zuständigen Finanzamt (FA) Leverkusen eingereicht.

Aufgaben

1. Bis zu welchem **Termin** (Angabe des Datums!) hätte D. W. die ESt-Erklärung 2005 grundsätzlich einreichen müssen?
2. War die **rückwirkende Fristverlängerung** hinsichtlich der ESt-Erklärung 2005 zulässig? Nennen Sie die **gesetzliche Grundlage**.
3. Prüfen und begründen Sie, ob die Fristverlängerung **telefonisch** erfolgen konnte.

Lösungen:

zu 1.

zu 2.

zu 3.

Sachverhalt 2 (8,0 Punkte)

In seiner ESt-Erklärung 2005 hatte D. W. (vgl. **Sachverhalt 1**) insgesamt 2.500,00 € als Werbungskosten aus nichtselbstständiger Arbeit geltend gemacht.

Der Sachbearbeiter Schmitz hat die Steuererklärung geprüft und dabei festgestellt, dass bei der Fachliteratur zweimal ein Betrag über 29,00 € aufgeführt war. Er hat dieses für ein Versehen des D. W. gehalten und deshalb einmal den Betrag von 29,00 € gestrichen, **ohne dies im ESt-Bescheid 2005 zu begründen**.

Der ESt-Bescheid 2005 ging mit einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung am 16.01.2007 mit einfachem Brief zur Post.

Er weist einen Erstattungsbetrag in Höhe von 1.400,00 € aus.

D. W. legte gegen den ESt-Bescheid 2005 Einspruch ein (vgl. **Anlage 4**).

Das Einspruchsschreiben warf er am 26.03.2007 morgens um 05:00 Uhr in den Hausbriefkasten des FA Leverkusen persönlich ein.

Der Einspruch erhielt vom FA Leverkusen den Eingangsstempel vom 23.03.2007.

Daniel Wüster
Karl-Ulitzka-Str. 9
51373 Leverkusen

Leverkusen, 23. März 2007

Finanzamt Leverkusen
Haus-Vorster-Str. 12

51379 Leverkusen

Einkommensteuer 2005
Steuernummer: 230/007/0815

Sehr geehrter Herr **Schmitz**,

den ESt-Bescheid 2005 habe ich am 17.01.2007 erhalten. Ich lege gegen diesen Bescheid

E i n s p r u c h

ein.

Begründung:

Da Sie mir keine Abweichungen von meiner Steuererklärung mitgeteilt haben, bin ich davon ausgegangen, dass alles seine Ordnung hat und habe den Bescheid deshalb weggelegt.

Am 14.02.2007 habe ich in einem Steuererklärungserstellungs- und berechnungsprogramm die Zahlen meiner ESt-Erklärung 2005 eingegeben und dabei festgestellt, dass die Berechnung auf dem PC von Ihrem ESt-Bescheid 2005 abweicht.

Ein Anruf bei Ihnen am 23.02.2007 hat ergeben, dass Sie mir die Aufwendungen für die Fachliteratur in Höhe von 29,00 € zu Unrecht gestrichen haben.

Ich habe diesen Betrag tatsächlich zweimal bezahlt, nämlich einmal für das Lehrbuch und einmal für das Lösungsheft.

Im Übrigen verweise ich rein vorsorglich auf § 126 Abs. 3 AO.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Wüster

Auszug aus dem Kalender 2007:

	Januar 2007					Februar 2007					März 2007				
Mo	1	8	15	22	29		5	12	19	26		5	12	19	26
Di	2	9	16	23	30		6	13	20	27		6	13	20	27
Mi	3	10	17	24	31		7	14	21	28		7	14	21	28
Do	4	11	18	25		1	8	15	22		1	8	15	22	29
Fr	5	12	19	26		2	9	16	23		2	9	16	23	30
Sa	6	13	20	27		3	10	17	24		3	10	17	24	31
So	7	14	21	28		4	11	18	25		4	11	18	25	

Hinweise

19.02.2007 = Rosenmontag

20.02.2007 = Fastnacht

21.02.2007 = Aschermittwoch

Aufgaben

Prüfen und begründen Sie durch Angabe der übersichtlichen Fristenberechnungen, ob D. W. den Einspruch **fristgerecht** eingelegt hat.

Lösung:

Aufgabe V / Umsatzsteuer

(21,0 Punkte)

Peter Raupe (P. R.) betreibt in Düsseldorf ein Unternehmen.

Gegenstand des Unternehmens ist eine Bauunternehmung.

P. R. versteuert seine Umsätze nach vereinbarten Entgelten und ist Monatszahler mit einer vom Finanzamt Düsseldorf-Mitte eingeräumten Dauerfristverlängerung.

Bei der Erstellung der Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2006 sind noch die folgenden Sachverhalte umsatzsteuerlich zu beurteilen:

Bearbeitungshinweis: Erforderliche Belege und Aufzeichnungen sind vorhanden und entsprechen den Vorschriften des § 14 UStG.

Sachverhalt 1 (8,0 Punkte)

P. R. hat am 18.09.2006 eine Baumaschine von der niederländischen Unternehmung van Manco für 20.000,00 € erworben.

Van Manco hat die Baumaschine am 20.09.2006 mit eigenem LKW von Venlo nach Düsseldorf transportiert.

Die Rechnung vom 24.11.2006 über 20.000,00 € ist bei P. R. am 27.11.2006 eingegangen und wurde am 01.12.2006 durch Banküberweisung beglichen.

Beide Unternehmer benutzten jeweils ihre gültige nationale USt-IdNr.

Aufgabe

Beurteilen Sie diesen Sachverhalt aus umsatzsteuerlicher Sicht für den Unternehmer P. R. Gehen Sie dabei nur auf die Punkte ein, die in dem jeweiligen Lösungsfeld genannt sind.

Umsatzart mit gesetzlicher Grundlage	
Ort des Umsatzes mit gesetzlicher Grundlage	
Steuerbarkeit mit gesetzlicher Grundlage / Steuerbefreiung / Steuerpflicht	
Bemessungsgrundlage in €	
Höhe der Umsatzsteuer in €	
Voranmeldungszeitraum mit gesetzlicher Grundlage	
Vorsteuerabzug in € mit gesetzlicher Grundlage	

Sachverhalt 2 (5,0 Punkte)

P. R. hat sich gegenüber der Züricher Lebensversicherung mit Sitz in Zürich vertraglich verpflichtet, dass diese die von P. R. betrieblich genutzten LKWs ab dem 01.01.2006 für Werbezwecke nutzen darf.

Nach dem Vertrag hat P. R. auf den LKWs den Werbespruch

„Lebensversicherung günstig bei der Züricher Lebensversicherung“

anzubringen und dafür Sorge zu tragen, dass sich die LKWs während der Vertragsdauer stets in einem ordentlichen Zustand befinden.

Dafür zahlt die Versicherungsanstalt einen jährlichen Betrag von 3.480,00 €.

P. R. hatte im Dezember 2005 einen Arbeitnehmer beauftragt, den Werbespruch auf den LKWs anzubringen.

Aufgaben

Beurteilen Sie diesen Sachverhalt aus umsatzsteuerlicher Sicht für den Unternehmer P. R.

1. Entscheiden Sie, welche **Art der Leistung** P. R. gegenüber der Züricher Lebensversicherung ausgeführt hat. Nennen Sie die **gesetzliche Grundlage**.
2. Prüfen Sie unter genauer Angabe der **gesetzlichen Grundlagen**, wo sich der **Ort** der Leistung befindet.
3. Treffen Sie eine Aussage zur **Steuerbarkeit** der Leistung.

Lösungen:

zu 1.

zu 2.

zu 3.

Bitte wenden!

Sachverhalt 3 (8,0 Punkte)

P. R. benutzt den betrieblichen PKW, den er am 24.04.2006 für (20.000,00 € + 3.200,00 € USt=) 23.200,00 € erworben hatte, auch für Privatfahrten.

Aus dem ordnungsgemäß geführten Fahrtenbuch und den anderen Unterlagen können Sie für den VZ 2006 folgende Informationen entnehmen:

• mit dem PKW <u>insgesamt</u> gefahren:		30.000 km
<u>davon</u> privat gefahren:		
im Inland	2.500 km	
Urlaubsreise im Inland	100 km	
Urlaubsreise im Ausland	400 km	
• Kfz-Steuer		500,00 €
• Kfz-Versicherungen		1.200,00 €
• Benzinkosten (netto)		1.600,00 €
• Reparaturkosten (netto)		2.000,00 €
• Absetzung für Abnutzung (AfA)		4.500,00 €
• die Vorsteuer aus der Anschaffung und den vorgenannten Kfz-Aufwendungen wurde zutreffend nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG geltend gemacht.		

Aufgaben

1. Wie ist die **Privatnutzung** des PKWs umsatzsteuerlich zu beurteilen? Nennen Sie dazu unter Angabe der **gesetzlichen Grundlage** die **Art des Umsatzes**.
2. Prüfen Sie unter Angabe der **gesetzlichen Grundlage**, ob auch die **Urlaubsreise im Ausland** (400 km) steuerbar und steuerpflichtig ist. Begründen Sie Ihre Entscheidung!
3. Ermitteln Sie unter Angabe der **gesetzlichen Grundlage** in einer übersichtlichen Darstellung die **Bemessungsgrundlage** und die **Höhe der Umsatzsteuer** für die Privatnutzung des PKWs.

Lösungen:

zu 1.

zu 2.

zu 3.